

12173/AB
vom 02.06.2017 zu 12700/J (XXV.GP)



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

MAG. WOLFGANG SOBOTKA
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0422-II/10/e/2017

Wien, am 22. Mai 2017

Die Abgeordnete zum Nationalrat Carmen Schimanek und weitere Abgeordnete haben am 3. April 2017 unter der Zahl 12700/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Transitlager Kufstein“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3 und 9:

Die Republik Österreich hat keinen Pachtvertrag mit dem Eigentümer abgeschlossen und zahlt daher auch keine Pacht. Das Areal wurde im Zusammenhang mit der Transitmigration vom Land Tirol für die Notunterbringung von Menschen adaptiert und der Landespolizeidirektion Tirol zur Verfügung gestellt.

Zu Frage 4:

Aufgrund der aktuellen Migrationslage und des anhaltenden Zustroms von Menschen aus Afrika und Asien nach Europa sowie der fragilen Lage in der Türkei ist es weiterhin notwendig, Plätze für eine allfällige notdürftige Unterbringung und Versorgung einer größeren Zahl von Menschen (möglichen Transitmigranten) im Bundesgebiet vorzuhalten.

Die gegenständlichen Häuser in Kufstein sind Teil dieses Vorsorgeplans.

Zu den Fragen 5 bis 8:

Derzeit gibt es keine diesbezüglichen Planungen.

Zu Frage 10:

Die Kosten für die Errichtung, den Betrieb und die Instandhaltung der beiden Holzhäuser wurden und werden weiterhin vom Land Tirol aufgebracht.

Die Landespolizeidirektion Tirol ersetzt dem Land Tirol auf monatlicher Basis den anteiligen Mehraufwand für Beistellung, Betrieb und Instandhaltung der Infrastruktur. Bis einschließlich März 2017 entstand der Landespolizeidirektion Tirol dafür ein Mehraufwand in der Höhe von rund 2,1 Millionen Euro.

Mag. Wolfgang Sobotka

